

An die
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 13. August 2009 /bb

Information Nr. 1/2009

- 1. Niederschrift über die Sitzung des UFE-Steuerausschusses am 22. September 2008 in Budapest**
- 2. Niederschrift über die 44. Sitzung des Komitees der UFE am 23./24. September 2008 in Budapest**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

1. In der Anlage übersenden wir Ihnen die Niederschrift über die Sitzung des UFE-Steuerausschusses in Budapest
2. Des Weiteren beigefügt ist die Niederschrift über die Sitzung des Komitees am 23./24. September 2008 in Budapest.

Die Niederschrift über die Sitzung des UFE-Zollausschusses werden wir nachreichen.

Mit freundlichen Grüßen

(R. Zender)
UFE-Generalsekretär



Union des Finanzpersonals
in Europa

Niederschrift

über die Sitzung des Steuerausschusses der UFE am 22. September 2008 in Budapest

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden des UFE- Steuerausschusses, Kollegen Serge Colin sowie den UFE- Präsidenten Dieter Ondracek

UFE-Präsident Dieter Ondracek eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr. In seiner Eigenschaft als UFE-Präsident begrüßt er die anwesenden Gäste und Kolleginnen und Kollegen. Insbesondere begrüßt er den Präsidenten des Amtes für Steuern und Finanzkontrollen, Herrn Dr. Szikora, den Generalsekretär der IOTA, Herrn Welencyk, sowie den Direktor der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Herrn Alexander Wiedow.

Er erläutert zunächst die im Steuerausschuss zu behandelnden Themen.

So müsse man sich mit markanten Entwicklungen des Personalbestands und der Arbeitsbedingungen in den Steuerverwaltungen der UFE-Mitgliedsstaaten sowie der Beschäftigung „Externer“ in der Steuerverwaltung auseinandersetzen.

Die Zinsrichtlinie sei ebenfalls verbesserungsbedürftig, wie die Aktivitäten von Liechtensteiner Bankhäusern zeigen.

Die Einführung eines Reverse-Charge-Modells, auch als Pilotprojekt, werde nicht weiter verfolgt werden und so müsse man sich mit den neueren Maßnahmen der EU-Kommission und einzelstaatlicher Betrugsbekämpfungsmaßnahmen beschäftigen.

Kritisch zu beleuchten sei auch die Begünstigung kleinerer und mittlerer Unternehmen durch die EU.

Dass Steueramnestien grundsätzlich abzulehnen sind und die Veröffentlichung von Steuerbetrügern Abschreckungspotenzial biete, sei ebenfalls zu diskutieren. Auch die Verbesserung der Zusammenarbeit der europäischen Steuerverwaltungen bzw. der Amtshilfe werde man in den Fokus rücken.

Der UFE-Präsident übergibt sodann das Wort an den Vorsitzenden des Steuerausschusses, Kollegen Serge Colin.

Dieser dankt den ungarischen Kollegen für die Übernahme der Ausrichtung der 44. Sitzung des UFE-Komitees und gibt das Wort an den Präsidenten des Amtes für Steuer- und Finanzkontrollen, Herrn Dr. János Szikora, weiter.

2. Grußwort des Präsidenten des Amtes für Steuern und Finanzkontrollen, Herrn Dr. János Szikora

Präsident Szikora erläutert, dass es eine Ehre für Ungarn sei, die 44. UFE-Konferenz ausrichten zu dürfen. Er nimmt zunächst Bezug auf das jährliche, von der Taxud organisierte Treffen der Steuerpräsidenten, das dieses Jahr in Madrid stattgefunden habe. Eurofisc sei eine neue Initiative zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Abstimmung der EU-Steuerverwaltungen. Er begrüßt, dass die UFE sich nicht nur der Wahrung der Arbeitnehmerrechte annehme, sondern auch mit hoher fachlicher

Kompetenz europäische Steuerfragestellungen vorantreibe. Auch bei diesem Kongress würden wiederum seriöse Steuerthemen bearbeitet. Er stellt sodann das Amt für Steuern und Finanzkontrollen vor. Das Amt gebe es seit 21 Jahren. Er erläutert, dass die Steuerverwaltung in Ungarn auf König Stefan im Jahre 1000 zurück gehe, wo erstmals Steuern eingeführt wurden und der sogenannte Zehnte abgeführt werden musste. Er erläutert, dass das Amt für Steuern und Finanzkontrollen auch Renten, Gesundheits- und Sozialversicherungsfragen regele. Seit 2005 habe das Amt auch eine neue Kompetenz, nämlich für die privaten Rentenkassen. Seit 2007 müssten alle Unternehmer in Ungarn ihre Steuererklärung per Internet einreichen. Der 12. Februar 2007 sei das erste Datum zur Einreichung der elektronischen Steuererklärung gewesen und sei mit Spannung hinsichtlich der Belastbarkeit der EDV erwartet worden. Es seien 15.000 Steuererklärungen von 800.000 Unternehmen eingegangen.

Im Jahre 2007 sei die ungarische Steuerverwaltung neu strukturiert worden. Es seien die bisherigen Directorate aufgelöst und sieben regionale Directorate neu geschaffen worden. Diese seien mit 16 neuen Aufgaben im Jahr 2007 versehen worden. Dies seien u. a. die elektronischen Steuererklärungen, der Einzug von Beiträgen für die 20 privaten Rentenkassen, wobei die Beitragseinziehung und –abführung kostenlos erfolge. Aber auch die Einziehung von Steuern für Städte, Glücksspielsteuern und die Eintreibung von Zollschulden falle in die Kompetenz der Directorate. Es würden 82 % der Steuerarten vom Amt für Steuer und Finanzkontrollen verwaltet und eingezogen werden. Bis zum Jahre 2012 wolle man das Niveau der führenden Steuerämter der Welt erreichen. In den Kontrollcentern seien die Mitarbeiter verzehnfacht worden. In Planung sei, ähnlich wie in Skandinavien, vorausgefüllte Formulare für die Steuererklärung zu versenden. Den Abgleich mit Arbeitgeberdaten gebe es schon seit einigen Jahren, daraus sei die Idee der Serviceleistung für die Bürger geboren worden, vorausgefüllte Formulare zu übersenden. Das System der vorausgefüllten Formulare bzw. dessen Umsetzung soll bis 2009 erfolgen.

Abschließend erläutert Herr Dr. Szikora, dass er die Arbeit der VPSFZ sehr schätze und selbst Gewerkschaftsmitglied sei.

Hinsichtlich der Ausführungen, dass die Steuerbehörde anstrebe, Weltniveau zu erreichen, fragt Martin Fletcher (GB) nach, ob auch die Bezahlung in Ungarn Weltniveau erreichen soll. Präsident Dr. Szikora erläutert, dass die Möglichkeiten des Landes zu berücksichtigen seien, insbesondere die finanziellen Gegebenheiten. Man habe in der Finanzverwaltung seit zwei Jahren 2.200 Personen mehr eingestellt.

Davon abgesehen seien die Steuerverwaltungen im Schnitt zu den übrigen Verwaltungen besser bezahlt durch ein sogenanntes Bonussystem, das bis zu fünf Monatsgehälter zusätzlich vorsehe.

3. Vortrag des Direktors der Direktion D (direkte Steuern und Steuerverwaltung) der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Herr Alexander Wiedow

Direktor Alexander Wiedow von der Direktion D der Generaldirektion Steuern und Zollunion erläutert zunächst die Problematik bei der Mehrwertsteuerhinterziehung. Er stellt kurz das System der Mehrwertsteuerhinterziehung vor und erläutert das Reverse-Charge-System. Er erläutert, dass man seitens der EU die Ablehnung der Einführung sehr sorgfältig geprüft habe. So würden Argumente für die Einführung des Reverse-Charge-Systems sprechen, aber mehr dagegen. U. a. würden neue Betrugsformen nicht ausgeschlossen und mehrere gleichzeitig anzuwendende Systeme würden zur Verkomplizierung führen. So müssten zwei Systeme nebeneinander betrieben werden, da große Unternehmen Umsätze von unter 5.000 Euro tätigen würden. Die Problematik sei also bei den kleinen oder ganz großen Unternehmen nicht vermeidbar. Zudem gebe es nirgendwo in der Welt Erfahrungen mit dem neuen System. Zudem würde ein neues System den Harmonisierungsbestrebungen der EU entgegenlaufen. Österreich habe daher die Genehmigung nicht erhalten.

Es gebe aber weitere Vorschläge zum bisherigen System. Das Problem seien allerdings wiederum weitere Kosten für die Firmen. Wichtig sei bei der Amtshilfe, dass die Daten früher zur Verfügung stünden, es müsse also die Zusammenarbeit zwischen den Staaten verbessert werden. Es dürfe zudem nicht nur um eine schnelle Datenübermittlung gehen, sondern die Daten müssten auch richtig sein. Die UID sei in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Es sei ein Skandal, dass von einigen Staaten bei Problemverursachungen bzw. auch Betrug die UID nicht entzogen worden sei. Zudem müsse ein gewisser Zugriff auf die Datenbanken der Mitgliedsländer verbessert werden. So müssten alle Staaten der Europäischen Union Zugriff auf die Datenbanken haben, die hinsichtlich sensibler Firmendaten auch abgeschottet sein könnten. Zumindest müssten die Grunddaten der Firmen, wie z. B. Gründungsdatum, dem Zugriff unterliegen.

Er erläutert sodann das Projekt Eurofiscal. Das System ermögliche eine gemeinsame Risikoanalyse hinsichtlich der Lieferung. Das Problem sei, dass nicht alle Länder beteiligt seien. Frankreich fordere, dass das System dezentral betrieben werden solle. Zudem würden drei neue Vorschlagspakete erarbeitet, u. a. die Weiterentwicklung der IT-Systeme.

Er erläutert, dass die auslaufenden niedrigeren Mehrwertsteuersätze bis 2010 eine Entscheidung erforderlich machen würden. Es gehe zurzeit nicht darum, niedrigere Steuersätze neu zu kreieren bzw. einzuführen, sondern darüber zu entscheiden, ob die niedrigeren Steuersätze fortgeführt werden. Man habe festgestellt, dass es bei der Rückkehr zu den normalen Steuersätzen erhebliche Schwierigkeiten gegeben habe.

Hinsichtlich der Zinsrichtlinie erläutert Direktor Wiedow, dass die Kommission alle drei Jahre über die Tragfähigkeit berichten müsse. Er erläutert des Weiteren, dass eine lebenslange Steuernummer in diesem Zusammenhang nützlich sei. Des Weiteren erläutert er, dass es nicht überraschend gewesen sei, dass sich der Markt der Finanzinstrumente erweitert habe. Letzte Woche sei von der Kommission ein Bericht erstellt

worden hinsichtlich der Fortschritte, die erzielt worden seien. Er erläutert, dass die Auffassung vertreten werde, dass zinsartige Einkünfte mit erfasst werden müssten.

UFE-Präsident Dieter Ondracek führte aus, dass es zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung notwendig sei, dass man schneller Auskünfte erhalte, um schneller reagieren zu können. Es müsse in jedem Land einen Ansprechpartner auf dem „sogenannten Obergefreiten-Dienstweg“ geben. Es könne nicht angehen, dass Liechtenstein einerseits mit anonymen Stiftungen arbeite, andererseits sich auf ein strenges Bankgeheimnis berufe. Auch in normalen Steuerhinterziehungsfällen müsste Liechtenstein Antwort bzw. Auskunft erteilen. Direktor Wiedow erläutert in diesem Zusammenhang, dass oftmals die Sprache das Problem sei. Die Steuerdatenkartei aller Länder müsse für alle zumindest in Ausschnitten zur Verfügung stehen.

UFE-Präsident Dieter Ondracek und UFE-Steuerausschussvorsitzender Serge Colin bedanken sich bei Direktor Wiedow für die Ausführungen.

TO-Punkte 4. - 14.

Sodann schlägt der Vorsitzende des UFE-Steuerausschusses, Serge Colin, vor, dass man angesichts der fortgeschrittenen Zeit länderweise vorgehen soll und gleichzeitig alle Punkte der Tagesordnung abarbeite.

Kollege Emiel Boriau erläutert, dass sich die Politik in Belgien in Richtung Privatsektor richte. Es sei so, als wenn Personen, die wildern, die Jagdgesetze schreiben würden.

Von den französischen Kollegen wird berichtet, dass in der Steuerverwaltung 2.500 Stellen abgebaut werden. Es gebe Umstrukturierungen in der französischen Finanzverwaltung.

Die ungarischen Kollegen erläutern, dass bei der Zoll- und Finanzwache kein Personal abgebaut werde. Durch die schlechten Löhne seien jedoch die Abwanderungen zu groß. Die Ermittlungen für Finanzdelikte lägen nunmehr bei der Finanzwache. Diese seien der Finanzwache übertragen worden, jedoch seien mehr Finanzdelikte zu bearbeiten, als bei der Übertragung an die Finanzwache angekündigt worden sei.

Abgefragt wird, ob die Liechtenstein-Affäre auch in anderen Ländern bemerkbar sei. Es wird festgestellt, dass auch Daten von Steuerpflichtigen aus anderen Staaten als Deutschland vorhanden sind. UFE-Präsident Dieter Ondracek erläutert, dass in Deutschland ein erster Fall abgeurteilt worden sei.

In Deutschland sei ein neuer Datenbestand aufgetaucht. Der sogenannte „Rostock-Fund“ weise etwa 3.000 Daten aus Liechtenstein aus, allerdings seien diese Daten nicht so ergiebig, da es sich nur um Papierdaten handele, anders als bei den ersten Daten, bei denen es sich um elektronische Daten gehandelt habe. Es handele sich um ein Gesamtvolumen von 700 Millionen Euro Geldanlage, das auf 3.000 Bürger verteilt sei.

UFE-Präsident Dieter Ondracek erläutert, dass die Geldverschiebungen weiter gehen. So seien 20 Milliarden Euro im letzten Halbjahr von der Schweiz nach Singapur und Panama verschoben worden. Das Geld sei an eine Schweizer Tochterbank über eine Schweizer Mutterbank gegangen.

Kollege Serge Colin erläutert, dass in Frankreich 200 Namen von möglichen Steuerhinterziehern im Zusammenhang mit Liechtenstein bekannt geworden seien. Die belgischen Kollegen erläutern, dass sich bei solchen Daten in Belgien grundsätzlich die Frage stelle, ob diese verwertet werden dürfen. Die ungarischen Kollegen erläutern, dass Steuerzahler in die Slowakei abgewandert seien. Hinterzogen bzw. gespart werden solle Körperschaftsteuer und die Autoregistratursteuer. Es

seien 10.000 Leute mit Pkw oder Gesellschaften in die Slowakei umgesiedelt.

Sodann erläutert UFE-Präsident Dieter Ondracek die Planungen in Deutschland zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung, insbesondere die vom Bundesfinanzministerium vorgeschlagene 50-tägige Zurückbehaltungsfrist für Vorsteuererstattungen. Die ungarischen Kollegen erläutern, dass Vorsteuererstattungen nach ungarischem Recht bis 45 Tage geprüft bzw. zurückbehalten werden dürfen, ansonsten müssten sie überwiesen werden.

Es werden sodann die Erfahrungen mit lebenslangen Steuernummern abgefragt, da eine solche Nummer in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt wird. Die luxemburger Kollegen erläutern, dass es in Luxemburg eine 11-stellige lebenslange Steuernummer gebe, die Einwanderern bei der Einwanderung erteilt werde. Die Nummer fungiere auch als Sozialversicherungsnummer.

Aufgrund des Ablaufs der für die Sitzung des UFE-Steuerausschusses zur Verfügung stehenden Zeit schließt der Steuerausschuss-Vorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen für ihr Erscheinen und ihre Beiträge.